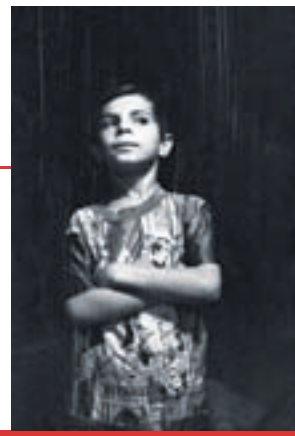


LEIDENSCHAFT

6000 MESSER: Sonja Brunner erbt von ihrem Mann eine wertvolle Sammlung **SEITE 15**

KMU-MAX

DIE NOMINIERTEN: Eines der drei Unternehmen wird am Mittwoch ausgezeichnet **SEITE 16**



SWISS PHOTO AWARD

DIE PREISE: Ester Vonplon ist die Beste, Vanessa Püntener siegt in «Fine Arts» **SEITE 18**

Technopark meidet das Risiko

Mit Geld der Stadt bietet der Technopark Raum für Jungunternehmer mit grossen Ideen. Doch wenn der Neubau fertig ist, beziehen ihn das Arbeitsamt und eine Schule. Gemeinderäte üben Kritik, die Wirtschaft lobt die «geniale Lösung».

Die Ziele waren hehr und klar formuliert: Der Technopark Winterthur fördere innovative Unternehmen, die Ideen in neue Produkte umsetzen. «Er schafft ein anregendes unternehmerisches Umfeld und soll durch eine sorgfältige Selektion der Mieter zum Qualitätssiegel werden.» Und der Stadtpräsident bezeichnete den Technopark gar als «Erfolgsgeschichte und Wirtschaftsförderung der besten Art», als es vor gut einem Jahr um die Erhöhung des städtischen Aktienkapitals ging, um einen Erweiterungsbau zu realisieren. Er hoffte auf neue Arbeitsplätze und zusätzliche Steuereinnahmen.

Doch nun kommt es anders. Denn anstelle von mühen Jungunter-

nehmern und ihren Mitarbeitern gehen künftig Arbeitssuchende und Berufsschüler im neuen Haus ein und aus. Ungefähr 80 Prozent der Fläche im Erweiterungsbau vermietet die Technopark AG an das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und an die kantonale Berufsbildungsschule Winterthur. Die Schule zügelte wegen eines Umbaus des Anton-Graff-Hauses für zwei Jahre in den Technopark – wenn der Regierungsrat zustimmt.

«Ein Glücksfall» sind die Grossmieter für Christian Modl trotzdem. Der Geschäftsführer der Handelskammer schwärmt sogar von einer «genialen Lösung». Die Handelskammer ist der Verband der grossen Winterthurer

Firmen und besitzt selbst Aktien der Technopark AG. Die grosse Fläche, die bereits vermietet sei, sichere den Neubau finanziell ab, sagt Modl.

Wirtschaftspolitiker runzeln hingegen die Stirn ob der Technopark AG und ihrer grosszügigen Auslegung des eigenen Konzepts. «Ich bin überrascht, eine solche Nutzung wirft Fragen auf», sagt zum Beispiel FDP-Gemeinderätin Ruth Werren. Noch deutlicher wird ihr grünliberaler Ratskollege Michael Zeugin: «Damit hat man die Ziele nicht erreicht.» Der Technopark müsse ein Ort der Innovation sein. Und das sei jetzt sicher nicht mehr der Fall.

Die beiden liberalen Politiker kritisierten die Vermietung ans RAV bereits vor gut einem Jahr, als der Gemeinderat über die Aufstockung des städtischen Aktienkapitals diskutierte. Glücklicherweise war damals auch FDP-Gemeinderat Stefan Fritschi nicht. Nun sei es besonders wichtig, dass der Ge-

meinderat die Umsetzung des Technopark-Konzepts kontrolliere, sagt er heute. Und dies sei auch die Aufgabe des Verwaltungsrats, in dem die Stadt als Grossaktionärin vertreten ist.

Wirtschaftliche Gründe

Technopark-Leiter René Hausmann räumt ein, dass die beiden Hauptmieter «nicht ganz konzeptgerecht» seien. Der Technopark sei aber auf eine hohe Startauslastung angewiesen, weil er keine Subventionen beziehe, sondern mit eigenen Mitteln wirtschaften müsse. «Sonst hätten wir ein Problem.» Von Beginn an habe man deshalb die Zusammenarbeit mit dem RAV gesucht. Die Schule sei eher spontan dazugekommen, weil sie ein Raumproblem lösen müsse. Ihr Vertrag sei aber auf zwei Jahre befristet. Dann stehe die Fläche wieder zur Verfügung. «Und so lange haben wir genug Platz.»

MARISA EGGELI UND MARTIN FREULER

NACHGEFRAGT



Ernst Wohlwend
Stadtpräsident (SP),
VR-Vize Technopark AG

«Es hat noch genug Fläche für Firmen»

Die Erweiterung des Technoparks galt einst als «beste Wirtschaftsförderung». Ist sie das immer noch?

Diese Frage stellt sich gar nicht. Die Vermietung an das RAV war eine Voraussetzung, damit der Grosse Gemeinderat der Beteiligung zugestimmt hat. Und die Vermietung an die Berufsschule hilft, den Neubau finanziell abzusichern, und ist lediglich eine Zwischennutzung. Danach wird der Technopark die Flächen konzeptgerecht vermietet.

Tatsache ist aber, dass nun öffentliche Nutzungen und nicht hoffnungsvolle Jungunternehmen einziehen.

Das RAV ergänzt den Mietermix im Technopark sehr gut, zumal auch Synergien genutzt werden können. Erfahrungen haben gezeigt, dass gerade Jungunternehmen schnellen Zugriff auf personelle Ressourcen haben sollten. Die Schule dagegen hilft nur die Zeit zu überbrücken, bis genug Unternehmen gefunden worden sind, welche die Bedingungen zur Aufnahme im Technopark erfüllen. Sie ist insofern ein Glücksfall. Ansonsten würde – auch wegen der Wirtschaftskrise – die Fläche wahrscheinlich leer stehen, was nicht im Sinne der städtischen Beteiligung sein kann.

Wie kann ausgeschlossen werden, dass interessierte Jungunternehmen keinen Platz mehr finden, weil das RAV und die Schule viel Fläche belegen?

Wir gehen davon aus, dass nie eine Firma abgewiesen werden muss. Wir haben das genau angeschaut: Wenn man das Wachstum des bestehenden Gebäudes als Vergleich heranzieht, steht bis zum Auszug der Schule nach zwei Jahren genügend Fläche zur Verfügung. Und danach ohnehin. INTERVIEW: MARTIN FREULER

4,5 MILLIONEN FÜR HEHRE ABSICHTEN

Der Technopark nennt sich «Zentrum für Innovation» und startete im Jahr 2000 auf dem Sulzer-Areal Stadtmitt. 22 Unternehmen haben sich momentan in seinem Haus an der Jägerstrasse 2 eingemietet. Der Technopark will Jungunternehmer fördern, indem er ihnen günstigen Arbeitsraum vermietet und sie mit anderen Unternehmen und der Fachhochschule vernetzt. Seine potenziellen Mieter müssen hohen Anforderungen genügen. So müssen sie sich zum Beispiel durch eine nachhaltig erfolgreiche Marktstrategie auszeichnen.

Die Trägerin des Technoparks ist die Technopark Winterthur AG. Die Stadt beteiligte sich von Anfang an mit zwei Millionen am Aktienkapital und stockte 2008 auf 4,5 Millionen auf. Damit ist sie neben der Zürcher Kantonalbank, der Handelskammer, Siska, Kistler und dem Kanton eine der grössten Aktionärinnen. Grund für das benötigte Kapital: Die Technopark AG erweitert derzeit den Technopark für 25 Millionen mit einem Anbau um 6000 auf total 10000 Quadratmeter. (meg)



Der Technopark (r.) geht den sicheren Weg und vermietet das neue Haus ans Arbeitsamt und an eine Berufsschule. Bild: Marc Dahinden

LEITARTIKEL: MICHAEL SCHOLZ ÜBER DEN 84-MILLIONEN-FRANKEN-RAHMENKREDIT STADTRAUM BAHNHOF

Ein Ja zum Grossprojekt, das nur Gewinner kennt

Es ist in der Tat ein Jahrhundertprojekt, über das die Winterthurer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 17. Mai zu befinden haben. Noch nie griff die Stadt so tief in die Steuerkasse. Dennoch ist es nur eine kleine Minderheit, die sich gegen den Rahmenkredit Stadtraum Bahnhof wehrt. Das erstaunt nicht, denn dank der sechs im Rahmenkredit enthaltenen Teilprojekte werden praktisch alle zu Profiteuren, insbesondere die künftigen Generationen. Das Stadtbild im Zentrum wird enorm aufgewertet. Für Fussgänger und Radfahrer werden moderne und attraktive Wege unter den Bahngleisen hindurch gebaut, damit sie bequemer vom Osten in den Westen der Stadt oder umgekehrt gelangen. Der Busbahnhof wird saniert und für den zukünftigen Busbetrieb fit gemacht. Und es entstehen neue Flanier- und Begegnungszonen.

Kritik wurde vor allem an der Höhe des Rahmenkredits geübt. Es ist richtig, dass 84 Millionen Franken viel Geld sind – gerade zu Zeiten einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Da die Investition aber über die nächsten zehn bis 15 Jahre verteilt wird, kann sich auch die Stadt Winterthur diesen Aufwand leisten. Der Stadtrat geht zudem davon aus, dass sich die Gesamtkosten auf netto 61 Millionen Franken belaufen werden. Die Regierung rechnet nämlich mit namhaften Beiträgen von Bund und Kanton. Wie viel Geld tatsächlich aus dem Agglomerations- und dem Strassenfonds nach Winterthur fliesst, wird aber erst definitiv klar, wenn die konkreten Bauprojekte vorliegen.

Dass der Stadtrat dem Volk einen Rahmenkredit für ein Gesamtpaket vorlegt, ist sinnvoll. Müssten die Teilprojekte einzeln abgesegnet werden, bestünde die Gefahr, dass im Fal-

le der Ablehnung eines Projekts das Ganze auseinanderfallen oder zumindest zeitlich arg verzögert würde.

Dabei ist es aber zentral, dass alle geplanten Massnahmen umgesetzt werden können, weil die Teilprojekte miteinander vernetzt sind. Die neue Gleisquerung, die Altstadt, Archareal, Sulzer-Areal und Neuwiesenquartier miteinander verbindet, hängt direkt mit der Aufwertung der Rudolfstrasse zusammen. Diese wird für den Durchgangsverkehr gesperrt. Die Zu- und Wegfahrt – etwa für das Ein- und Aussteigenlassen von Zuggästen – bleibt jedoch gewährleistet. Das Bahnhofparkhaus wird neu über eine Doppelrampe von der Wülflingerstrasse her erschlossen. Die Teilschliessung der Rudolfstrasse führt zu Verkehrsverlagerungen ins Neuwiesenquartier. Zusammen mit den ansässigen Quartiervereinen

hat die Stadt deshalb das Verkehrskonzept Neuwiesen erarbeitet. Dieses sieht Kapazitätssteigerungen an verschiedenen Knoten vor.

Diese Kapazitätssteigerungen machen besonders Sinn, wenn der Verkehr entflochten wird. Dem wird etwa durch den Bau einer Velounterführung zwischen Bank- und Rudolfstrasse Rechnung getragen. Einen wichtigen Part im Gesamtpaket spielt zudem der Ausbau der Personenunterführung Nord. Nur mit der Erweiterung können die Personenströme zu Stosszeiten gut aufgenommen werden. Und auch die Sanierung und Neugestaltung des Busbahnhofs ist ein wichtiges Puzzleteil: Die Stadt braucht am Eingang zur Altstadt endlich jene städtebauliche Visitenkarte, die einer Grossstadt würdig ist.

Ob das umstrittene Pildach dieses Aushängeschild sein soll, steht bei der anstehenden Volksabstimmung nicht

zur Debatte. Am 17. Mai wird nur über den Rahmenkredit abgestimmt. Über das Pildachprojekt wird der Gemeinderat erst später entscheiden – wie auch über alle anderen konkretisierten Teilprojekte.

Die Haltung des Parlaments ist jedenfalls klar: Der Rahmenkredit wurde mit 52 zu einer Stimme gutgeheissen. Unterstützt wird das Jahrhundertprojekt zudem von VCS, ACS, Pro Velo, SIA und den Quartiervereinen. Sogar mehrere SVP-Gemeinderäte engagieren sich im Ja-Komitee, selbst wenn ihre Partei neben der EDU als einzige die Nein-Parole gefasst hat. Allen ist klar, dass für einmal kostbares Steuergeld gut investiert wird. In ein Grossprojekt, das eigentlich nur Gewinner kennt. Dieser Einschätzung kann sich die Redaktion des «Landboten» nur anschliessen. imichael.scholz@landbote.ch